

# Die Rote Fahne

Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale)

Redaktion und Verlag: Berlin C 25, Kleine Alexanderstraße 28. Tel.: E 1  
Verolina 5481. Geschäftszeit des Verlages von 1/2 9 Uhr bis 1/2 17 Uhr. Erscheint täglich außer Montage  
Juriß. Sprechstunde: Dienstag u. Freitag von 13 bis 19 Uhr.

Ersteinstellung: Kottbuser Berlin. Bankkonto: Darmstädter und Nationalbank  
Berlin. Dep.-Kasse Belle-Alliance-Pl. Bereinigte Zeitungsverlage, G. m. b. H.  
Postfachkonto Berlin 923 278 70

Angabenpreis: Die 12 abhaltene Kompartiments 60 Pf. Arbeiter-  
organisations- und Familienangelegen: Seite 35 Pf.  
Kleine Anzeigen: Wort 15 Pf., Ueberschriftswort 20 Pf., Er-  
sonders stark 50 Pf. Arbeitsmarkt: Seite 6 Pf.  
Anzeigenabteilung: Gehemannstr. 13; Tel.: (P 5) Gehemann 2677, 4494.

Bezugspreis pro Woche 70 Pf., monatlich 2,50 Mark einschließlich Erhebungs-  
lohn in Berlin und Osten mit eigener Zustellung. — W o r a u s a n s a h l i c h  
Postbezug inkl. Postgebühr 8,50 Mark; Erhebung im Ausland, sowie nach  
Oesterreich, Litauen, Bulgarien, Danzig, Memel- und Saargebiet 4,50 M.  
übrige Länder 4,80 Mark.

Begründet von  
Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg

## Regierungsvorstoß gegen Ausgesperrte

### Raub der Unterstützungen

In der gestrigen Sitzung des Reichskabinetts haben die völksparteilichen Minister Stresemann und Curtius einen Vorstoß gegen die „zu hohe“ Unterstützung der Ausgesperrten unternommen. Sie attackierten die vom Reichstag beschlossene geringfügige Unterstützung und stellten die ebenso lächerliche wie unverächtliche Behauptung auf, daß teilweise die Unterstützungen die Höhe der Arbeitslöhne überschreiten! Die ganze Regierung Hermann Müllers, einschließlich der sozialdemokratischen Minister, stellte sich dann auf den Standpunkt, daß ein Uebererschreiten der seitherigen Löhne auf alle Fälle vermieden werden müsse. Deswegen wurde der preussische Wohlfahrtsminister Pirchieser beauftragt, sofort für Abstellung der „Mißstände“ zu sorgen.

Die Fanfare, die schon seit Tagen die Rechtspresse und gestern auch die Vertreter der Schwerindustriellenfraktion im Reichskabinet geblasen haben, sind das Vorpiel zu einer Kürzung der Unterstützungen, die durch den gestrigen Kabinettsbeschluss eingeleitet worden ist. Die SPD-Führer, denen nichts so teuer ist, als ihre Siege in dieser und der kommenden Großen Koalitionsregierung, kuscheln um diesen Preis vor dem frechen Vorstoß der Volkspartei. Im Aussperungsgebiet stehen Hunderttausende vor einem Nichts. Die vielen Zehntausende von Arbeitern, die sich und ihre Familien mit ganzen 8 Mark in der Woche ernähren sollen, krümmen sich vor Hunger. Aber die Herren Seering und Hiferding, Müller und Wissell fassen keine Beschlüsse gegen die Stahl-, Eisen- und Erzherzöge, sondern gegen die ausgesperrten Arbeiter.

Das Koalitionsministerium hat in seiner gestrigen Sitzung noch einen Beschluss gegen die Bieremillion kämpfender Arbeiter am Rhein und Ruhr gefasst. Ein „Sachverständiger“, dessen Name noch verschwiegen wird, soll als neuer Vermittler im Ruhrkampf ernannt werden. Man versichert, daß er „bei beiden Parteien die höchste Achtung genießt“.

Was will dieser „Sachverständige“? Er wird den Unternehmern noch weiter entgegenkommen, als es der Düsseldorf sozialdemokratische Regierungspräsident Bergemann bereits getan hat. Dieser machte in den gestrigen wieder aufgenommenen Vermittlungsverhandlungen zwischen Gewerkschaftsführern und den Aussperungsorganen einen schändlichen Kompromißvorschlag, durch den die Arbeiter gezwungen werden sollen, zu den alten Löhnen für den 31. Oktober gekündigten Lohnsätzen wieder in die Betriebe zu gehen und das Mitte Dezember erfolgende Urteil des Reichsarbeitsgerichtes abzuwarten. Sollte, was weder die Gewerkschaftsführer noch die Hüttenbarone glauben, das Reichsarbeitsgericht die Gültigkeit des Schiedspruches bestätigen, dann will man ihn bereits am 31. März 1929 ablaufen lassen, um dann den Unternehmern Gelegenheit zu geben, eine Lohnkürzung vorzunehmen.

Das ist der Vorschlag Bergemanns, dem die Gewerkschaftsführer bereits zugestimmt haben. Eine Kapitulation also. Eine völlige Unterwerfung. Eine Flucht vor den hohnlachenden Unternehmern. Diese erkennen denn auch den Rückzug der erbärmlichen reformistischen Wichte mit warmen Lobesworten an. So kann man gestern Abend in der „Völkischen Zeitung“ lesen, daß „die freien Gewerkschaften durchaus verständigungsbereit gewesen seien, weit mehr als die christlichen“.

Welch eine Blamage sind diese Zeilen für die Reformisten! Die Bourgeoisie attestiert ihnen, daß sie gemäßigt, den Unternehmern zugänglicher, den Kapitalisten gegenüber noch lakonischer sind als die christlichen Gewerkschaftsführer. Ja, der „Vorwärts“ bemüht sich, diese Einschätzung der SPD durch die Unternehmerpresse noch zu unterstreichen. Er erklärt gestern Abend:

„Die Gewerkschaften können wirklich kaum weiter gehen, um die Aussperung zu beenden.“

Man beachte das Wortchen „kaum“! Der „Vorwärts“ läßt also mit voller Absicht die Möglichkeit offen, daß die Gewerkschaftsführer wirklich noch weiter gehen, den Unternehmern noch mehr entgegenkommen werden. Und sie werden es tun.

Unterdessen aber führen die Aussperungsorganen ihre Reserven in den Kampf. Eine Kündigung jagt die andere. In Mitteldeutschland, an der Wasserante, in Hannover soll die Aussperung in den nächsten Wochen Tatsache werden. Weitere werden folgen. Aber nicht genug damit, mobilisiert das deutsche Kapital seine ausländischen Bundes- und Klassenossen. In aufreizender Form schreibt die „Berliner Börsenzeitung“, daß „die ausländischen Kapitalanlagen in Deutschland gefährdet sind“, wenn der Reichstag das von den christlichen Gewerkschaften angeregte Notgesetz annehmen werde, durch das die Unternehmer zur Betriebsöffnung gezwungen werden sollen. „Was werden die ausländischen Kapitalgeber

zu solchen Tendenzen sagen?“ fragt das Organ der Börsenwölfe und fordert unverhüllt eine Einmischung des ausländischen Kapitals.

Nicht anders macht es das demokratische Koalitions-„8-Uhr-Abendblatt“, in dem führende Sozialdemokraten ihre Memoiren veröffentlichen. Es läßt sich „von besonderer Seite“ schreiben, daß der Schiedspruch, dieser jämmerliche Hungerchiedspruch Wissells, durch den für die Mehrheit der Ausgesperrten ganze 3 Pfennig Lohnhöhung rauskommen, „eine Stufe zum Ruin der deutschen Eisenindustrie ist. Wie sollen die Reparationszahlungen nun aufkommen?“ Also auch hier der Wink an das Ausland, an die Dames-Diktatoren, deren Eingreifen man erhofft und heißt, da das deutsche Kapital fürchtet, allein mit den Arbeitern nicht fertig zu werden. Das „8-Uhr-Abendblatt“ faßt vom Ruin der Eisenbarone, denen es doch tatsächlich darum zu tun ist, durch die Restur der Stilllegung die Bestände in ihren Lagern künstlich zu verknappen und dadurch die Eisenpreise in die Höhe zu treiben.

Die Unternehmer verbreitern die Front, sie ergreifen die Taktik, die das Proletariat längst hätte anwenden müssen, wenn es seinen Kampf erfolgreich beenden will.

Die reformistischen Führer jedoch wollen den Konflikt lokalisieren und um jeden Preis liquidieren. Nur den Klassenbewußten Arbeitern ist daran gelegen, den Kampf ihrer Brüder im Ruhrgebiet mit deren Sieg zu beenden. Darum sammeln sie in ganz Deutschland für die Kämpfenden, während der DGB-Vorstand in verbrecherischer Untätigkeit beiseite steht. Darum fordern sie die Aufnahme des Kampfes durch breiteste Arbeiterschichten, vor allem auch in den sogenannten lebenswichtigen Betrieben, um die Unternehmer zu schnellerem Nachgeben zu zwingen. Darum führen sie eine internationale Unterstützungsaktion, deren erhebendster Ausdruck die großzügigen Sammlungen der Arbeiter in Leningrad und Moskau, Nischni-Rogorod und zahlreichen anderen Städten Rußlands sowie die Forderung der dem einheitlichen Gewerkschaftsverband angeschlossenen ostfranzösischen Hüttenarbeiter nach einer sofortigen internationalen Konferenz von Arbeiterdelegierten aller dem Stahlartikl angeschlossenen Länder ist. Die internationale Solidarität, in dem Mund der Reformisten eine alte Phrase, wird durch die revolutionäre Arbeiterschaft zur wegweisenden Tat.

Auf zur Verhinderung des Verrats, den die Reformisten üben wollen! Finanzielle und moralische Hilfe den heroischen Kämpfern! Verbreiterung der Kampffront! Das ist die beste Solidarität!

Es lebe der Sieg des Ruhrproletariats in seinem Ringen um den Achtstundentag, die dreigestellte Schicht und die Erhöhung des Stundenlohns um 15 Pfennig! Es lebe die Gegenoffensive der Arbeiterschaft gegen Unternehmertum, Staatsgewalt und Reformismus!

### C. Lorenz AG.

Entwicklung und Verdegang eines kapitalistischen Betriebes

Von Franz Wisnewski.

Genosse Wisnewski, der ehemalige Vorsitzende des Betriebs- und Arbeiterrats der C. Lorenz AG., wurde wegen seiner politischen Tätigkeit gemahregelt.

Wir richten an alle Klassenbewußten Arbeiter und Betriebsräte der wichtigsten Großbetriebe in Berlin und im Reich die Bitte, dem Beispiel des Genossen Wisnewski folgend, sich in der „Roten Fahne“ zu den Fragen ihres Betriebes und der allgemeinen Politik zu äußern.

Die Redaktion.

Einer der bekanntesten und auch wichtigsten Großbetriebe der Schwachstrom-, sowie Radio-, Sender- und Empfängerbaubranche ist die C. Lorenz AG., Berlin-Tempelhof.

Ein Mittelbetrieb vor dem Kriege — in unzulänglichen Mieträumen am Elisabeth-Ufer untergebracht —, heute in Tempelhof im eigenen aufs neueste eingerichteten siebenstöckigen Fabrikgebäude —, das ist die nach außen hin in Erscheinung tretende Entwicklung dieses Betriebes.

Außerdem werden in einer größeren Anzahl deutscher Städte Installationsbetriebe, Kaufmännische und Ingenieurbüros unterhalten. Für Radiotelegraphie besitzt Lorenz Versuchsstationen in Eberswalde und Jossen. Die Radio-Großstation in Kassel (Ostbavarn) wurde inzwischen an die Reichspost verkauft. Weiter bestehen im Auslande, und zwar in Italien, zwei Tochtergesellschaften, eine Holdinggesellschaft, die Soc. Ital. Lorenz An., Mailand, und die Soc. An. Ansaldo Lorenz, Genua (Beteiligung bei der letzteren 50 Prozent). Das Aktienkapital der Gesellschaft liegt von 1,4 Millionen Mark im Jahre 1913 auf 9,5 Millionen Mark im Jahre 1928.

Wem verdankt die Lorenz AG. ihre Entwicklung? Zum größten Teil den Kriegslieferungen. Ist doch der neue Fabrikbau während des Krieges entstanden.

Der Betrieb des Unternehmens gliedert sich in drei Hauptabteilungen: Telephonie, Telegraphie und drahtlose Telegraphie. In allen Abteilungen werden ständig technische Neuerungen erzielt. Besonders hervorzuheben ist der Aufschwung der Telegraphie. Zu erwähnen wäre ein Lizenzvertrag mit der amerikanischen Firma Morckum-Klein Schmidt zur Herstellung eines Typendruckapparates für Deutschland. (Für das Berliner Polizeipräsidium wird augenblicklich dieser Apparat gebaut.)

Sehr bedeutend ist der Jahresumsatz der Firma im Eisenbahnsignalgeschäft, besitzt doch Lorenz auf diesem Gebiet die wichtigsten Patente. Die Firma erhält daher ein Drittel der Eisenbahnaufträge, während die anderen Firmen zum größten Teil auf Grund von Lizenzen arbeiten. Die Sach-

## Die Reichsbahn kündigt erneute Tarifierhöhung an

Dorpmüllers Kampf gegen den Achtstundentag

Der Verwaltungsrat der Reichsbahngesellschaft kündigt neue Tarifierhöhung an. Begründet wird dieser Vorstoß Dorpmüllers mit dem Hinweis, daß die Einführung des Achtstundentages für die Reichsbahn eine Mehrausgabe von 250 Millionen Mark bedeute. Ferner wird erklärt, daß ein Konjunkturabstieg der Wirtschaft überhaupt in seinen Wirkungen für die Reichsbahn durch den steigenden Wettbewerb der anderen Verkehrsmittel möglicherweise verschärft werden kann.

Erst vor wenigen Wochen ist eine wesentliche Erhöhung der Eisenbahntarife durchgeführt worden. Die Neueinteilung der Personalklassen hat ausschließlich die Arbeiterschaft getroffen. Wenn jetzt Dorpmüller zu einem neuen Vorstoß ausholt, dann will er damit bezwecken, die sogenannte „öffentliche Meinung“ gegen die Eisenbahner einzustellen. Bekanntlich läuft am 31. Januar der Lohnvertrag im Reichsbahnbetrieb ab. Die Eisenbahner fordern eine Erhöhung ihrer erbärmlich niedrigen Löhne. Dorpmüller aber möchte dem Beispiel der Scharfmacher an Rhein und Ruhr folgen und die berechtigten Forderungen der Eisenbahner auf Erhöhung der Löhne und achtstündige Arbeitszeit mit einer Gegenoffensive beantworten. Die Drohung mit einer neuen Tarifierhöhung ist der Anfang der Feinde gegen die Eisenbahner.

Der Schwindel von der schlechten Lage der Reichsbahn ist schon so oft widerlegt worden, daß es nicht mehr erforderlich ist. Wir erinnern nur an die Riesengehälter der Reichsbahndirektoren und an die Millionen, die die Reichsbahn für den faschistischen Bahnschutz ujm. ausgibt.

Die Eisenbahner dürfen sich durch die Drohungen der Reichsbahngewaltigen nicht einschüchtern lassen. Sie müssen auf der ganzen Linie den Kampf für ausreichende Löhne und die Wiederherstellung des Achtstundentages vorbereiten.

Die gesamte deutsche Arbeiterschaft muß die Forderungen der Eisenbahner unterstützen und gegen jede neue Tarifierhöhung, die immer wieder die Lebenshaltung der Werktätigen verteuert, den schärfsten Kampf führen.

Die Arbeiterschaft muß erkennen, daß der Vorstoß der Reichsbahn gegen die Eisenbahner und die gesamte Arbeiterklasse ein Glied in der Kette der Kapitaloffensive ist, die gegenwärtig das Traktat im Zeichen der Großen Koalition einleitet.

Darum Kampf jeder Erhöhung der Eisenbahntarife! Her mit menschenwürdigen Löhnen und dem Achtstundentag für die Eisenbahner!

Nieder mit der Aushungerungspolitik der Koalitionsregierung!